

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

VORLÄUFIG
0000/0000(INI)

23.3.2007

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zur Einführung einer EU-Kinderrechtsstrategie
(0000/0000(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Dimitrios Papadimoulis

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt den Vorschlag der Kommission, eine europäische Strategie zur Förderung und zum effektiven Schutz der Rechte von Kindern einzuführen; begrüßt die Beteuerung in der Mitteilung der Kommission, dass die Rechte des Kindes für die Europäische Union ein vorrangiges Anliegen sind; bedauert es, dass in der Mitteilung keine Mindeststandards, klare Ziele oder zeitliche Rahmen angegeben sind, an die sich die Europäische Union halten müsste;
2. begrüßt die vorgeschlagene Einführung neuer Strukturen zur Verbesserung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, die zu einem umfassenden und konsequenten Ansatz führen werden, wie ein Referat Kinderrechte innerhalb der Kommission, ein Koordinator für die Rechte des Kindes, eine dienststellenübergreifende Gruppe bei der Kommission, ein Europäisches Forum für die Rechte des Kindes und eine webgestützte Diskussions- und Arbeitsplattform;
3. betont die Bedeutung der uneingeschränkten Erfüllung bestehender internationaler Verpflichtungen, insbesondere im Rahmen des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes und der IAO-Übereinkommen über Kinderarbeit, durch die Mitgliedstaaten und die Bewerberländer;
4. ist der Ansicht, dass die durchgängige Berücksichtigung der Kinderrechte in der Politik der EU von entscheidender Bedeutung für den Erfolg dieser europäischen Strategie ist; fordert die Kommission auf, in ihre Folgenabschätzungen für wichtige politische Themen besondere Bestimmungen betreffend die Kinderrechte aufzunehmen; weist darauf hin, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung ihrer Politik der Verschiedenheit der Kinder und ihren je nach Wohnort, Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Kultur, Sprache, Behinderung oder Familienstruktur unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen sollten;
5. betont, wie wichtig es ist, dass die Kinder selbst aktiv an jedem Verfahren, bei dem es um ihre Rechte geht, beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die Beteiligung allen Kindern unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrem rechtlichen Status oder einer möglichen Behinderung offen stehen müsste;
6. ist sich darüber im Klaren, dass ein enger Zusammenhang zwischen aktiver Beteiligung und Information besteht; begrüßt die Einführung einer Kommunikations- und Informationsstrategie zur Veröffentlichung von EU-Maßnahmen in einer für alle zugänglichen kindgerechten Form;
7. bedauert es, dass in der Mitteilung keine gezielten Maßnahmen in Bezug auf die Situation von Kindern mit Behinderungen vorgesehen sind; betont die Notwendigkeit, das Thema Behinderung im Rahmen der Kommissionsstrategie zu berücksichtigen, um die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe und Einbeziehung behinderter Kinder zu

gewährleisten;

8. betont, dass kürzlich durchgeführten Studien zufolge eins von fünf Kindern in der Europäischen Union von Armut bedroht ist und dass Kinder und Jugendliche besonders anfällig für soziale Ausgrenzung sind; begrüßt die in der Mitteilung vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut, weist indessen darauf hin, dass Kinderarmut ein hartnäckiges Problem ist; vertritt die Auffassung, dass auf EU-Ebene und auf der Ebene der Mitgliedstaaten der Verhinderung und Beseitigung der Kinderarmut Priorität eingeräumt werden sollte; bedauert es, dass in der Mitteilung keine klaren quantitativen Ziele für die Ausrottung der Kinderarmut festgelegt sind;
9. bedauert es, dass in der Mitteilung nicht speziell auf die Situation eingewanderter, asylsuchender und geflüchteter Kinder hingewiesen wird; ist der Ansicht, dass diese Gruppen, die noch stärker von Armut, sozialer Ausgrenzung und verschiedenen Formen der Ausbeutung bedroht sind als andere Kinder, speziell erwähnt werden sollten;
10. fordert einen umfassenderen Ansatz für die Erfassung des mehrdimensionalen Wesens der Kinderarmut, bei dem auch das Wohlergehen der Kinder berücksichtigt und nicht lediglich eine auf dem Einkommen basierende Analyse zugrunde gelegt wird;
11. macht auf das Thema Straßenkinder aufmerksam und fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, Maßnahmen wie beispielsweise die Verbesserung der Überwachung und Mobilisierung der zuständigen Dienststellen zu treffen;
12. vertritt die Ansicht, dass die Kinderrechte in Verbindung mit Fragen, die die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben sowie die Arbeitszeit betreffen, voll und ganz berücksichtigt werden müssten.